



*Transparency International –  
Deutsches Chapter e.V.*

---

# Rundbrief 28

1/2004

---

## **Inhalt:**

### **thema**

Gesundheitswesen

### **nachrichten**

TI Feigenblatt der Großindustrie?

Urteile im Wuppertaler Korruptionsprozess

UN Konvention gegen Korruption unterzeichnet

Korruptionsregister in NRW

Bundeslagebild Korruption

### **portrait**

TI-Tschechien

### **ti aktiv**

Berichte von der Strategieklausur und dem Neumitgliederseminar

### **literatur**

## Liebe Mitglieder,

die "Gesundheitsreform", die im Herbst vergangenen Jahres nach intensiver und kritischer Diskussion gemeinsam von Regierung und der großen Oppositionspartei CDU/CSU beschlossen wurde und zum 1. Januar diesen Jahres in Kraft trat, hat uns bewogen, das Thema Gesundheit zum zentralen Thema dieses Rundbriefs zu machen. Das hat mehrere Gründe:

1. Die Intransparenz im Gesundheitswesen verunsichert die Patienten, als Kranke wie auch als Versicherte. Wir möchten ein wenig zur Aufklärung beitragen.

2. Die Intransparenz erleichtert es den Verantwortungslosen unter den Ärzten, Gutachtern, Krankenhausbetreibern, Pharmaunternehmen, Versicherten, sich zu Lasten des Gesamtsystems mit betrügerischen und/oder korrupten Machenschaften Vorteile zu verschaffen. Da möchten wir zu größerer Klarheit kommen.

3. Die Intransparenz hinsichtlich Kosten und Leistungsqualität macht das deutsche System im Vergleich zu anderen europäischen Gesundheitssystemen ungebührlich teuer bei nur durchschnittlichem Leistungs-niveau. Hier möchten wir mithelfen, durch unsere Analysen und unsere Öffentlichkeitsarbeit wenigstens den Faktor Betrug und Korruption zu verringern, um mehr Qualität bei geringeren Kosten für alle Versicherten zu erreichen.

Unsere Gruppe von Medizinexperten wächst kontinuierlich. Jüngst stieß ein Sachverständiger aus dem Bereich der gesetzlichen Krankenkassen dazu, der mit seinem Wissen dazu beitragen wird, dass das Fundament unserer Kenntnisse sich weiter verstärkt. Eine Rechtsreferendarin, die im Rahmen ihrer Ausbildung ihre Wahlstation im Berliner TI-Büro ableistet, arbeitet an juristischen Fragen, die uns beschäftigen. Ihre Arbeitsergebnisse werden uns bestimmt weiterhelfen.

Anfang Oktober 2003 hat ein Seminar für neue Mitglieder aus dem Medizinbereich neue Akzente gesetzt und den Anstoß gegeben, künftig mit Unterarbeitsgruppen Detailthemen besser und vielleicht auch schneller bearbeiten zu können. Ein Workshop im

Rahmen der letztjährigen MEDICA Ende November in Düsseldorf hat einige Schwerpunktthemen der Arbeitsgruppe öffentlich vorgestellt; in diesem Jahr wollen wir uns auf der MEDICA erneut präsentieren.

Auch international wächst die Aufmerksamkeit für den Komplex "Corruption and Health". Die WHO legt mit neuen Grundlagenpapieren hoffentlich rasch das Fundament für eine gezielte Kooperation mit Transparency International. Nicht zuletzt wird die digitale Bibliothek "CORIS" ([www.corisweb.org](http://www.corisweb.org)), die vom Internationalen Sekretariat von TI betreut wird, dazu beitragen, dass Menschen, die nach entsprechenden Informationen suchen, rasch, kompetent und aktuell bedient werden. Erfreulicherweise arbeiten Mitglieder der deutschen Arbeitsgruppe hier aktiv mit.

Der Jahresbeginn ist Anlass, diesen Aktiven wie allen anderen ehrenamtlich engagierten Mitgliedern von TI Deutschland für ihren unermüdlichen Einsatz herzlich zu danken. Ich wünsche Ihnen, uns allen und unserer gemeinsamen Sache ein gutes und erfolgreiches Jahr 2004.

Ihre  
Anke Martiny

### impresum

Verantwortlich: Dr. Anke Martiny (amy)

email: [amartiny@transparency.de](mailto:amartiny@transparency.de)

Redaktion: Carsten Kremer (ck)

email: [redaktion@transparency.de](mailto:redaktion@transparency.de)

Herausg.: TI Deutsches Chapter e.V.

### kontakt

Transparency International

Deutsches Chapter e.V.

Alte Schönhauser Straße 44

10119 Berlin

Tel: 030/ 5498 98-0

Fax: 030/ 5498 98-22

email: [office@transparency.de](mailto:office@transparency.de)

Internet: [www.transparency.de](http://www.transparency.de)

## Betrug und Korruption im Gesundheitsbereich

### Die Erkenntnisse des Bundeskriminalamtes

Die Arbeitsgruppe der Medizinexperten unternahm im Dezember vergangenen Jahres einen Informationsbesuch beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden. Ursächlich war die Überlegung, dass beim Bundeskriminalamt (BKA) Erkenntnisse zusammenlaufen, die für die Arbeit der Gruppe von Bedeutung sind. Seit 1998 widmet sich das BKA beispielsweise dem Thema Abrechnungsbetrug, wobei 1997 erst 37 Fälle bekannt geworden waren. Fünf Jahre später, im Jahr 2002, wurden aber 3200 Fälle bekannt, davon wurden rund 2000 Fälle aus den Ländern gemeldet und beim BKA lediglich gesammelt. Diese dramatische Steigerung veranlasste das BKA, eine Anhörung durchzuführen, über deren Ergebnis seinerzeit ausgiebig in den Tagesthemen berichtet wurde. Die geschätzte Schadenssumme beläuft sich bei den ermittelten Fällen auf rund 25 Millionen Euro. Unter Abrechnungsbetrug wird übrigens ein sehr breites Spektrum betrügerischer Abrechnungen - gewissermaßen alle möglichen Konstellationen zwischen Patienten, Apotheken, Ärzten, Zulieferern und pharmazeutischer Industrie - verstanden.

Im April 2001 hat das BKA gemeinsam mit den Betroffenen einen Kriterienkatalog erarbeitet, der feststellt, was unter Abrechnungsbetrug im einzelnen verstanden werden soll. Das BKA hatte durchaus eigene Vorstellungen, ihm lag aber daran, die ärztlichen Standesorganisationen in gemeinsame Festlegungen einzubinden. Hier wurden jene Plausibilitätsgrenzen für die tägliche Arbeitszeit niedergelassener Ärzte festgelegt, auf die die Ärzteverbände sich jetzt berufen: 16 Stunden Regelarbeitszeit ohne Hausbesuche und Privatpatienten! Sie sind also keineswegs als Normalfall zu betrachten, sondern legen gewissermaßen das Äußerste fest, oberhalb dessen in jedem Fall von Betrug auszugehen ist. Die Herren vom BKA betonten, eine niedrigere Grenze sei mit den Verbandsvertretern auf der ärztlichen Seite seinerzeit nicht durchzusetzen gewesen.

Im November 2003 hat in Berlin im Rahmen einer Tagung ein neuerlicher Informationsaustausch zwischen der Polizei und den Staatsanwaltschaften zum Thema Abrechnungsbetrug stattgefunden. Das Thema wird im jährlichen Lagebericht Wirtschaftskriminalität behandelt\*: Das BKA betont, ein Aufbau von vernetzten Ermittlungsstrukturen sei notwendig. Der Markt der Implantate (Knie, Hüftgelenke, Schrittmacher...) sei völlig ungeordnet, und Kickbacks seien an der Tagesordnung. Häufig seien hier auch die Auftraggeber beteiligt. Zu den Schwerpunkten Arzneimittelfälschungen, Illegaler Handel mit Tierarzneimitteln und Doping berichtet der Abteilungsleiter des Bereiches Wirtschaftskriminalität. Interessanter-

weise gibt es im Arzneimittelgesetz (AMG) den Begriff der Fälschung nicht. Die Novelle des AMG werde hoffentlich Klarheit bringen, denn bisher seien häufig die Nachweise schwer zu führen. Seit sechs Jahren ist das

BKA in diesem Bereich aktiv. Industriefälschungen und Markenpiraterie nehmen ständig zu.

Die Präsidentin der Landesapothekerkammer Hessen, sie selbst wie auch die von ihr geleitete Körperschaft sind Mitglieder von TI Deutschland, macht auf die wachsende Bedeutung des Internet-handels aufmerksam, der noch schwerer zu kontrollieren sei. Sie berichtet, dass zirka 2000 Distributionsstellen und Kleinsortimenter ein Netz für illegalen Handel aufgebaut hätten. Sie stellt die Frage, wie man Arzneimittelpackungen sicherer machen könne. Von Seiten des BKA wird der äußerst problematische Bereich des illegalen Handels mit Nahrungsergänzungsmitteln (Anabolika o.ä.) erwähnt. Hier verfüge das BKA nur über geringe Erkenntnisse. Es gebe auch Vermutungen, dass die Umleitung von pharmazeutischen Hilfsgütern häufig mit Korruption verbunden sei. Aber hier müsse vor allem die Kontrolle auf Landes- und Bundesebene besser werden. Die Polizei sei hier zunächst nicht involviert.

Für die Arbeitsgruppe war der Besuch vor allem deswegen wichtig, um einen Kontakt aufzubauen, der in Problemfällen raschen Informationsaustausch ermöglicht. Offenkundig war, dass die Herrn vom BKA manche konkreten Details aus dem ärztlichen und dem Apothekenbereich nicht so genau kannten wie die Praktiker von TI. Umgekehrt war es interessant zu erfahren, wie wenig in den Gebieten, die eindeutig kriminell sind und sich zur Durchsetzung krimineller Ziele vermutlich stark der Korruption bedienen, beim BKA an Fakten bekannt ist. Die Dunkelziffer ist offenbar sehr hoch.

Anke Martiny

\* Im Internet unter [http://www.bka.de/lageberichte/wi/wikri\\_2002\\_gesamtdokument.pdf](http://www.bka.de/lageberichte/wi/wikri_2002_gesamtdokument.pdf)

### Liebe Mitglieder,

wir haben im Oktober 2003 die Jahreshauptversammlung darüber informiert, dass eine Säule der Finanzierung von Transparency Deutschland, Bußgelder, wegzubrechen droht. Ich habe Sie dann im Auftrag der Mitgliederversammlung um eine Spende gebeten. Eine Reihe von Ihnen hat positiv reagiert. Ihnen möchte ich hiermit herzlich danken! Sie haben dazu beigetragen, dass wir mit einem Ergebnis in das neue Jahr gegangen sind, das die finanzielle Unabhängigkeit von Transparency Deutschland für ein weiteres Jahr sichert. Ein Jahr, das uns Zeit gibt, uns weiter und verstärkt um eine Verbreiterung der finanziellen Basis zu bemühen. Für jede Unterstützung bei dieser Anstrengung sind wir nach wie vor sehr dankbar, auch für Ideen und Kontakte!

Ihr Hansjörg Elshorst  
Vorsitzender TI Deutschland

## TI und die Schering AG bemühen sich Differenzen auszuräumen

Mehr als ein Jahr lang hatte sich der Vorstand von Transparency Deutschland mit der Fachfrage zu beschäftigen, ob das korporative TI-Mitglied Schering die Hormonersatztherapie für Frauen im postklimakteriellen Alter sachgerecht oder mit korruptiven Methoden beworben hatte und ob daraus einschneidende Konsequenzen zu ziehen wären. Mal um Mal drängten die Experten aus der Fachgruppe Gesundheit auf eine kompromisslose Haltung, und immer wieder betonte Dr. Elshorst, Vorsitzender von TI Deutschland, dass er bei allem Verständnis für die Experten doch auch dem korporativen Mitglied Schering die Möglichkeit einräumen müsse, seine Haltung zu verändern.

Am 22. Oktober trafen sich dann drei TI-Mitglieder (Dr. Elshorst, das Vorstandsmitglied Dr. von Blomberg und der Arzt Dr. Schäffler) mit drei Vertretern der Schering AG (der Vorstandsvorsitzende Dr. Erlen, der Leiter der Rechtsabteilung Krüger sowie die für Öffentlichkeitsarbeit zuständige Frau Weber), um zu besprechen, wie man aus der festgefahrenen Situation herauskommen könnte. Von TI-Seite beschrieb Dr. Schäffler das Treffen wie folgt: "Es verlief in intensiver Atmosphäre und war vom festen Willen geprägt, die bisher eher punktuelle und anlässlich von Konflikten stattfindende Zusammenarbeit zu intensivieren. Dabei wurde an die 1998 anlässlich des Beitritts der Schering AG zu TI-D gefasste Zielvereinbarung, gemeinsam an Inseln der Integrität zu arbeiten, ausdrücklich erinnert. Konkret ist die Schering AG bereit, mit uns in einen Prozess einzutreten, um beispielhaft für die Branche an Kernproblemen der strukturellen Korruption zu arbeiten und Lösungen zu finden".

Dr. Erlen von der Schering AG führte aus, der Begriff der "strukturellen Korruption" sei für sein Unternehmen "nachvollziehbar".

Ergebnis: erst einmal soll der Verbands-Kodex der Forschenden Arzneimittelhersteller abgewartet werden, der Mitte November von den Verbandsgremien ratifiziert werde. Danach werde der firmeninterne Schering-Kodex von Vorstand und Aufsichtsrat verabschiedet. Diese beiden Schriftstücke sollten gemeinsam analysiert und bewertet werden. Schering werde sie TI umgehend zuleiten.

Der Schering-Kodex ist dem TI-Vorstand zum internen Gebrauch inzwischen zugeleitet worden. Der Kodex des Verbandes der Forschenden Arzneimittelhersteller steht noch aus. Beide Seiten haben ihre Positionen beschrieben: Schering möchte "nicht permanent auf der Anklagebank sitzen", und der Abstimmungsprozess "müsse kapazitativ im Rahmen bleiben". TI "müsse akzeptieren, dass es unterschiedliche medizinisch-fachliche 'Ansichten' geben werde." TI wiederum hat deutlich gemacht, wenn der Abstimmungsprozess über die Kodizes zu keinem angemessenen Ergebnis führe, werde man die Beziehung zu Schering zu lösen haben.

Jetzt werden die Medizinexperten von TI den Schering-Kodex prüfen und den Verbands-Kodex anmahnen. TI hat aufmerksam registriert, dass ein Vertreter der Unternehmensberatung Burson & Marsteller von der Schering AG eingeschaltet wurde, um die Implementierung des Kodex innerhalb des Konzerns zu begleiten. Burson & Marsteller hat mit anderen korporativen TI-Mitgliedern sehr konstruktiv zusammen gearbeitet.

Die Sache Schering ist also auf dem Wege. Ob der Weg gut ist, werden die nächsten Wochen weisen.

*Anke Martiny*

## TI erarbeitet Code of Conduct für Gesundheitsberufe

Während TI Deutschland in vielen Politikfeldern erhebliche Resonanz im öffentlichen Raum erhält und auf deutliche Verbesserungen in den rechtlichen und allgemeinen Rahmenbedingungen verweisen kann, ist es bisher im Bereich des Gesundheitswesens nicht gelungen, im Konzert der Lobbyisten und Reformstrategen Gehör zu erlangen.

Dies hat möglicherweise seine Ursache in der Konzentration auf die klassischen Entscheidungsträger in Ministerien, Parlamenten und Aufsichtsbehörden, die aber im Milliarden-Betrieb des Gesundheitswesens nicht die Schlüsselpositionen einnehmen.

Ausgehend von dieser Überlegung soll deswegen in einem langfristigen Projekt der Zugang speziell zu den Fachverbänden und Gebietskörperschaften der Mediziner gefunden werden. Als Werkzeug hierfür soll ein "Code of Conduct" dienen, in dem die Handlungsfelder des Mediziners und seine vielfältigen Interessenkonflikte dargestellt werden. Dabei soll aber weniger ein Idealzustand beschrieben werden oder gar der "Supersauber-Arzt" bzw. -Ärztin in 52 Paragraphen definiert werden. Vielmehr sollen zu jedem Konfliktfeld aktuelle Beispiele und darauf aufbauend pragmatische Handlungsempfehlungen zur Verfügung stehen. Ziel ist es, über einen solchen Code of Conduct mit Entscheidungsträgern und Verbandsfunktionären in der Ärzteschaft ins Gespräch zu kommen.

Obwohl die Arbeiten an diesem "Code of Conduct" langwierig sind, ist diese Kontaktaufnahme in einigen Fällen bereits gelungen. Da die Ärzteschaft - wie natürlich auch die pharmazeutische und medizinisch-technische Industrie - ein erhebliches Interesse daran hat, ihre Glaubwürdigkeit gegenüber den Patienten zu erhalten bzw. wiederzugewinnen, gehen wir davon aus, dass hier die Bedingungen für eine Koalition gegen Korruption gegeben sind. Schließlich sind 30.000 anhängige Verfahren wegen ärztlichen Abrechnungsbetruges auch in Augen der Ärzteschaft ein unhaltbarer Zustand.

*Arne Schäffler*

## Von Korruption, Intransparenz und Grauem Arzneimittelmarkt

Fachveranstaltung von Transparency International auf dem Medica-Kongress

Experten von Transparency Deutschland skizzierten am 21. November 2003 vor Fachpublikum auf dem Medica-Kongress in Düsseldorf die Auswüchse von Korruption und Intransparenz im Gesundheitswesen und zeigten Lösungsansätze auf, diesen Problemen zu begegnen.

Die Präsidentin der Landesapothekerkammer Hessen, Dr. Gabriele Bojunga, stellte in ihrem Referat "Im Dunkeln lässt sich gut munkeln" das Thema Grauer und Schwarzer Arzneimittelmarkt sowie die Problematik von Arzneimittelfälschungen dar. Sie machte auf das Thema der intransparenten Vertriebsstrukturen im deutschen Arzneimittelmarkt und den sich daraus ergebenden Einfallstoren für weltweit gefälschte Arzneimittel aufmerksam. Nach Definition der WHO gebe es fünf verschiedene Gruppen von Arzneimittelfälschungen: gefälschte Produkte mit korrekten Inhaltsstoffen, Produkte mit falschen Inhaltsstoffen oder ohne Wirkstoff, Produkte mit falschem Wirkstoffgehalt und Produkte mit gefälschter Verpackung und Beipackzettel. Aus letzteren speise sich hauptsächlich der Graue Markt, wobei die Medikamente durch Sondereinkäufe vom Großhandel über Zwischenhändler und Broker aus vielerlei Quellen billig erstanden und in den normalen Vertriebskanal eingeschleust würden.

Schwarzmarktfälschungen betreffen hauptsächlich Dopingmittel, Lifestyle-Medikamente und Partydrogen. In Afrika und Asien zähle der größte Anteil der gefälschten Arzneimittel zu den Antibiotika. Herkunft und Qualität der Arzneimittel seien kaum überprüfbar. Laut BKA seien die Gewinne durch Arzneimittelfälschungen durchaus mit denen in der Rauschgiftszene vergleichbar. Bojunga forderte eine lückenlose Dokumentation des Arzneimittels in der Vertriebskette vom Hersteller des Wirkstoffs bis zum Verbraucher, die Entwicklung fälschungssicherer Verpackungen wie zum Beispiel in Italien sowie mehr Engagement und regulatorische Eingriffe seitens der Politik, um diesem Problem zu begegnen.

Dr. Anke Martiny, stellvertretende Vorsitzende von TI Deutschland gab einen kurzen geschichtlichen Überblick über die Gründung und die Ziele von Transparency International. Sie betonte, dass es sich bei dem komplexen System "Gesundheitswesen" um ein stark intransparentes System handle. Ziel der Arbeit von TI sei es, das Wechselspiel der beteiligten Akteure sowie die dahinterstehenden Interessen zu erhellen.

Die beiden Ärzte Dr. Arne Schäffler und Dr. Wolfgang Schwinzer schilderten Transparenzmängel bei den Ärzten, ihren Körperschaften und den Kassen, wobei sie besonders auf das Thema

Transparenz und Standards in der ärztlichen Weiterbildung sowie die Informationspolitik innerhalb der Kassenärztlichen Vereinigungen eingingen.

Professor Dr. Peter Schönhöfer widmete sich dem Thema "Pharma-Marketing - eine Bedrohung für die Qualität der Gesundheitsversorgung?" Nach seinen Beobachtungen korrumpiere das Pharma-Marketing die medizinische Forschung im Wege von Datenfälschung, Scheininnovationen und Manipulation mit der Folge eines sinkenden Niveaus der medizinischen Versorgung. Schönhöfer kritisierte vor allem das Missverhältnis der Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Vergleich zu denen für Marketing sowie das Zustandekommen von Leitlinien. Hier würden korrumpierende Einflüsse der Warenanbieter in lukrative, wenn auch nicht immer ideale Therapieempfehlungen umgesetzt. Indem er die "Karriere eines habilitierten Pharmareferenten" beschrieb, machte Schönhöfer klar, dass der medizinische Experte als Meinungsbildner ganz besonders im Fokus von Beeinflussung und Korruption stehe.

Der Vorstandsvorsitzende der Arzneimittelkommission der Deutschen Ärzteschaft, Prof. Dr. Bruno Müller-Oerlinghausen, kritisierte ebenfalls die zunehmende Kommerzialisierung der Forschung und deren institutionalisierte Verflechtungen. Er fragte nach der Käuflichkeit des medizinischen Sachverständigen und sprach sich für eine neue Unabhängigkeit der Experten aus. Das Wechselspiel zwischen akademischen Institutionen und Forschern, die klinische Studien durchführten und der pharmazeutischen Industrie sei bisher wenig untersucht. Selbst die sogenannte unabhängige Forschungsförderung sei oft politisch ausgerichtet und von wirtschaftlichen Interessenlagen beeinflusst. Die Offenlegung von Studieninteressen sei daher eine Voraussetzung, um zu mehr Transparenz im Forschungsprozess zu gelangen. Müller-Oerlinghausen forderte die Entwicklung transparenter Strategien, die den Patienten nützen und die weniger durch umsatzorientierte Entscheidungen verfolgt werden.

Anke Martiny / Andrea Mühlbacher

### Neue TI-Website

Die TI Website ([www.transparency.de](http://www.transparency.de)) ist einer gründlichen Überarbeitung unterzogen worden. Neben einer neuen Optik ist die wichtigste Neuerung die Einrichtung eines Bereichs, der nur TI-Mitgliedern offensteht. Ein großes Dankeschön geht an Oliver Weiß, der die Website programmiert hat. Für die Redaktion wird Geschäftsführerin Dagmar Schröder verantwortlich sein. Anregungen, Lob und Kritik bitte an [office@transparency.de](mailto:office@transparency.de)

## Zahlreiche Projekte in Prag

### Chapter-Portrait TI-Tschechien

TI-Tschechien (TIC) wurde 1998 gegründet und bekämpft Korruption sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich. Die Arbeit des Chapters wird von privaten Spendern (Stiftungen und Unternehmen) sowie den Botschaften westeuropäischer und nordamerikanischer Länder finanziert. TIC ist gegenwärtig in zahlreichen Feldern tätig:

Die Erarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Regelung von Interessenkonflikten von Politikern: Im gegenwärtigen tschechischen Recht werden Interessenkonflikte von Politikern kaum reguliert. TIC hat zu diesem Zweck einen Gesetzentwurf zusammengestellt, der der Öffentlichkeit bereits präsentiert wurde. Das Chapter hofft, dass der Entwurf in diesem Jahr dem Parlament vorgelegt wird.

Im *Viva Ethika* Projekt geht es darum, positiv auf das Geschäftsumfeld in der Tschechischen Republik einzuwirken. So wurden u.a. die *TI Business Principles for Countering Bribery* unter den Wirtschaftsvertretern verbreitet. Im Rahmen des Projektes werden auch Kurse zur Wirtschaftsethik an Wirtschaftsuniversitäten veranstaltet.

Die *Arbeitsgruppe Waffenhandels-Kontrolle* versucht zu mehr Transparenz im Waffenhandel der Tschechischen Republik beizutragen. Dies geschieht in Einklang mit dem entsprechenden Verhaltenskodex der EU sowie dem UN-Aktionsplan. Das Chapter arbeitet in diesem Feld in einer Koalition mit anderen NGOs. Erste Treffen mit Verantwortlichen wurden bereits organisiert.

Das Projekt *Index V4* versucht eine Methodologie zu erarbeiten, mit deren Hilfe die Neigung einer Institution zu korruptem Verhalten gemessen werden kann. Mittels dieser Methodologie soll anschließend das Korruptionsniveau in den öffentlichen Verwaltungen der vier Hauptstädte der sogenannten Visegrad-Gruppe (Tschechien, Slowakei, Ungarn und Polen) festgestellt werden. Man erhofft sich, damit Reformdruck auf die Regierungen zu erzeugen.

Mit dem *Transparent Regions* Projekt will TIC transparente und effektive Entscheidungsfindungs- und Kontrollmechanismen auf regionaler Ebene etablieren. Zu diesem Zweck werden Arbeitsgruppen gebildet, die sich aus Vertretern der Zivilgesellschaft und der regionalen Verwaltung zusammensetzen. Das Projekt wurde bereits in drei der insgesamt vierzehn Regionen der Tschechischen Republik umgesetzt.

In einem weiteren Projekt soll der Prozess der Aufnahme von Unternehmen in das Unternehmensregister beschleunigt werden. TIC erstellt daher eine Datenbank, in der die Anforderungen der zuständigen Gerichte an die Unternehmen erfasst werden. Diese Datenbank soll, nachdem die verantwortlichen Richter sie auf ihre Gültigkeit über-

prüft haben, über das Internet allgemein zugänglich gemacht werden. TIC erhofft sich davon eine Abnahme mangelhafter Bewerbungen, so dass sich die Gerichte, statt die Formalien zu überprüfen, auf die Substanz des jeweiligen Antrags konzentrieren können.

In der Vergangenheit konnten bereits verschiedene Projekte erfolgreich abgeschlossen werden. Das *Corruption-Free Town Halls* Projekt hatte zum Ziel, die öffentliche Kontrolle über die Verwaltung der Stadt Prag zu verbessern. Es wurden Runde Tische mit Stadtvertretern organisiert, eine internationale Konferenz ausgerichtet und eine Fragebogen-Kampagne durchgeführt, in der Kandidaten und amtierende Vertreter der Stadtversammlung zu ihre Einstellungen zum Thema Korruption befragt wurden. Das *Transparent Police* Projekt unternahm nicht nur eine Zusammenstellung von *best practices* verschiedener europäischer Staaten zur Vermeidung von Korruption, sondern konzipierte auch für die polizeiliche Aus- und Weiterbildung ein spezielles Anti-Korruptions-Modul.

Weitere wichtige Aufgaben waren die Organisation der 10. Internationalen Anti-Korruptionskonferenz in Prag (2001) sowie die Erarbeitung einer tschechischen Ausgabe des TI-Source Book.

Carsten Kremer

### Versteckte Werbung

In der Januarausgabe der Zeitschrift "journalist", dem Mitteilungsmagazin der Mitglieder des Deutschen Journalistenverbandes, finden sich zwei beispielgebende Kurznachrichten: Magazinsendungen des ZDF dürfen laut Chefredakteur Nikolaus Bender nicht "Ziel und Transportmittel von Werbung" sein. In einem Rundschreiben wies Bender zudem darauf hin, dass Produktionsfirmen in jüngster Zeit versuchten, Themen und Produkte in Fernsehsendungen zu lancieren. ZDF-Intendant Markus Schächter hatte jüngst derlei Einflussnahme auf das Programm als Irrweg bezeichnet. Auch in der ARD gibt es Zeichen für Selbsterkenntnis diesem Problem gegenüber: nach nur sechs Ausgaben und heftiger externer und interner Kritik wurde die Sendung "Bunte TV" eingestellt. Auch das vom Saarländischen Rundfunk produzierte "Wellness TV" wurde als "Dauerwerbesendung" und "hoch problematisch" kritisiert.

Die Vermischung redaktioneller Beiträge mit Werbe-Produktionen nimmt immer weiter zu. Gerade die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten müssen dem Einhalt gebieten.

Anke Martiny

## Entblößt – Ist TI ein "Feigenblatt der Großindustrie"?

Im November vergangenen Jahres erschien bei SPIEGEL-online unter dem reißerischen Titel "Feigenblatt der Großindustrie" ein sorgfältig recherchierter Artikel über Transparency International. Eigentlich betraf er nur die deutsche Organisation und deren korporative Mitglieder. Er erregte beträchtliches Aufsehen, weil er einen Zusammenhang herstellte, der in der dargestellten Form zwar nicht besteht, gleichwohl aber auf ein Problem hinweist: Wie abhängig ist die deutsche TI-Organisation von den Mitgliedsbeiträgen der korporativen Mitglieder? Wird die Organisation – das stellte der Artikel – von den Großunternehmen, die TI-Mitglieder sind, etwa nur benutzt, um sich ein reines Westchen zu kaufen und als Saubermann zu erscheinen, um umso ungestörter korrupte Geschäfte betreiben zu können?

Die Antwort darf sich TI Deutschland nicht leicht machen, denn sie zielt ins Herz des Selbstverständnisses der Organisation. Transparency International hat sich bei seiner Gründung vor gut zehn Jahren entschieden, Korruption durch die Bildung von Koalitionen zu bekämpfen, nicht konfrontativ, sondern unter Einbeziehung aller Kräfte, die von dem Problem betroffen sind. Das bedeutet: Transparency International ist davon überzeugt, dass sich nur mit dem Verständnis und mit der aktiven Unterstützung von Staat, Politik und Wirtschaft die Dinge zum Besseren wenden lassen, nicht aber gegen sie. Strukturen, die Korruption erleichtern, können letztendlich nur von denjenigen verändert werden, die diese Strukturen beherrschen.

Dieser Kurs gefällt nicht allen Gruppen in der Gesellschaft. Eine Reihe von Nicht-Regierungsorganisationen, etwa Greenpeace oder attac, setzen auf Konfrontation, suchen nicht das Bündnis, sondern die Auseinandersetzung. Die heftigen Konflikte bei den großen internationalen Konferenzen der letzten Jahre, bei denen es zum Schutz der Regierungsvertreter Polizeieinsätze gab, um Gewalttätigkeiten zu unterbinden, legen davon Zeugnis ab.

Der Kurs von Transparency ist ein anderer. Er ist aber nicht einfach, denn wir müssen für die Öffentlichkeit verständlich machen, dass wir an unsere Mitglieder, die wir als unsere Verbündeten im Kampf gegen Korruption ansehen, Forderungen stellen und dass unsere Verbündeten diesen Forderungen nachzukommen suchen. In den Anfangsjahren unserer Existenz haben wir von unseren Mitgliedskandidaten vor der Aufnahme noch keinerlei Selbstverpflichtung verlangt. Heute ist das anders. Aber TI Deutschland ist natürlich weder in der Lage noch willens systematisch zu überprüfen, in welcher Weise unsere Mitgliedsfirmen ihren Verpflichtungen nachkommen und ob sie ihnen genügen. Haben sie ihre präventiven "Hausaufgaben" aber gemacht, dann haben sie nicht nur für sich selbst etwas Notwendiges getan, sondern sind damit auch zu Multi-

plikatoren unserer Kernbotschaften geworden.

Wir haben gelernt und lernen weiter. Deswegen suchen wir jetzt zweimal im Jahr bei Zusammenkünften mit un-

seren korporativen Mitgliedern – und darüber hinaus von Fall zu Fall – den Dialog, um über Probleme und verbesserte Möglichkeiten bei der Korruptionsbekämpfung zu sprechen. Unsere Mitglieder sollen sich auf unsere Unterstützung und Loyalität genauso verlassen können, wie wir uns darauf verlassen, dass sie den Ruf von TI nicht fahrlässig oder mutwillig schädigen. Wir wollen aber bei diesen Gesprächen auch Ergebnisse sehen. Denn unsere Glaubwürdigkeit ist unser einziges Kapital. Deswegen steht auch unser Jahresbudget mit allen Spenden im Internet. Daraus kann jeder entnehmen, ob wir käuflich sind oder nicht.

Diese Zusammenkünfte dienen auch dem Informationsaustausch der Mitglieder untereinander. Die Grenzen zwischen Recht und Unrecht sind bei der Korruption ja fließend. Manche Verhaltensweisen, z.B. bei Geschenken, beim Sponsoring, bei der Kundenwerbung sind üblich, keineswegs verboten, oft nicht einmal anrühlich und leisten trotzdem der Korruption Vorschub. Verhaltenskodizes können helfen, ein Allheilmittel sind sie aber nicht. Hier ist es an den Firmen, deutlich zu machen, dass sie ihre Mitgliedschaft bei TI nicht als Pflaster sehen, das eine schwärende Wunde verbirgt, sondern dass sie tatsächlich intern und extern Maßnahmen ergreifen, die in Deutschlands Wirtschaft und Politik wieder saubere Verhältnisse schaffen helfen. Insofern hatte der kritische SPIEGEL-Artikel eine positive Wirkung.

Anke Martiny

## Fernsehen lernt dazu

Die Zeitschrift "journalist", berichtet in ihrer Dezembernummer, dass das ZDF nach heftiger Kritik "seine Zusammenarbeit mit Dritten im Programmbe- reich überprüfen" werde. Mit Beginn des neuen Jahres soll es keine "medizinisch-pharmazeutischen Kooperationen" mehr geben. Die Sendung "Praxis täglich" wurde bereits Ende 2003 aus dem Programm genommen.

Das bedeutet zweierlei: zum einen hat es also solche "Kooperationen" mit der Pharmaindustrie gegeben, also Sendungen, die nach den Interessen entsprechender Sponsoren verfasst waren. Zum anderen ist das ZDF offenbar skeptischer geworden, ob solche Sendungen wirklich den Bedürfnissen der Fernsehkonsumenten hinsichtlich Objektivität und sachgerechter Information entsprechen. Zu solcher Einsicht kann man das ZDF nur beglückwünschen. Es wäre noch schöner, wenn der Lernprozess der Verantwortlichen auch den Zuschauern bekannt und transparent würde.

Anke Martiny

## Im Wuppertaler Korruptionsprozess fallen wichtige Urteile, aber keiner sieht hin

Als im März 2003 der Wuppertaler Oberbürgermeister Hans Kremendahl wegen Bestechlichkeit angeklagt wurde, war dies ein bundesweites Polit- und Medienereignis. Mit seinem Freispruch erlahmte das Interesse, obwohl danach die Profiteure und Drahtzieher des Wuppertaler Klüngels vor Gericht standen. Die ersten Urteile wurden gefällt.

Ab Neujahr 2004 muss Gerd Kolbe für dreieinhalb Jahre ins Gefängnis. Er hatte durch sein Geständnis weitere Mitglieder der lokalen High Society in U-Haft gebracht: drei Unternehmer, einen Banker, einen Architekten, zwei Geschäftsführer, ein Ratsmitglied. Kolbe vermittelte als Projektmakler jahrelang zwischen dem größten örtlichen Bauunternehmen Gerlich und der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Wuppertal (GWG). Für überteuerte Bauaufträge kassierte er Provisionen, mit einem Teil davon bestach er die GWG-Geschäftsführer.

Zuvor wurde Lothar Pickhardt wegen Bestechung, Untreue und Steuerhinterziehung zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der Direktor der Deutschen Bank Barmen gestand, als Vorsitzender der karitativen Halbacht-Stiftung beim Bau einer Seniorenresidenz überhöhte Rechnungen an Gerlich anerkannt zu haben. Den Differenzbetrag von 400.000 Euro teilte er zwischen sich und Kolbe auf. Gerlich gewährte ihm noch einen Rabatt von 150.000 Euro beim Bau seiner Privatvilla. Einen Ratsherrn der Grünen bestach der Bankier mit einem Beratervertrag.

CDU-Landeschef Jürgen Rüttgers forderte nach dem Aufbrechen des Wuppertaler und des Kölner Korruptionsskandals, kommunale Aufgaben zu privatisieren, damit sei das Problem vom Tisch. Aber beide Skandale beweisen das Gegenteil. In Köln gingen neun Zehntel der Bestechungsleistungen zwischen den Unternehmen Trienekens und Steinmüller hin und her, das höchste Schmiergeld erhielt der Geschäftsführer der privaten Müllofen-Betreiberfirma, in deren Aufsichtsrat auch die Vertreter von Trienekens und RWE saßen. In Wuppertal hatte Bankier Pickhardt ebenso wenig Hemmungen wie der freiberufliche Makler Kolbe. Die Halbacht-Stiftung ebenso wie die GWG sind Privatunternehmen, an der GWG sind zudem die Wuppertaler Arbeitgeberverbände Mitgeschaffter.

*Werner Rügemer*

## Bundesrepublik unterzeichnet UN-Konvention gegen Korruption

In einer feierlichen Zeremonie in Mérida (Mexiko) ist die UN-Konvention gegen Korruption am 12. Dezember 2003 zur Unterzeichnung freigegeben worden. 95 Staaten – darunter auch die Bundesrepublik – nahmen die Gelegenheit wahr und traten der Konvention bei. In Kraft tritt das Abkommen aber erst, wenn mindestens 30 Staaten es auch ratifiziert haben. Über einen wirksamen Mechanismus zur Kontrolle der Umsetzung der Konventionsbestimmungen ist noch keine Einigkeit erzielt worden.

Handlungsbedarf für Deutschland sieht das Bundesjustizministerium vor allem beim Thema Abgeordnetenbestechung. Bislang ist es lediglich strafbar, die Stimme eines Abgeordneten bei Abstimmungen im Plenum zu kaufen. Das Abstimmungsverhalten in Parlamentsausschüssen, die für den Gesetzgebungsprozess sehr viel bedeutsamer sind, wird strafrechtlich bislang ebenso wenig erfasst wie eventuelle Gunstbezeugungen interessierter Parteien im Nachhinein ("Danke-Schön-Spenden").

Angefreundet haben sich die Abgeordneten mit der neuen Situation noch immer nicht – zur Erinnerung: im Sommer hätten unsere Volksvertreter die Konvention über diesen Punkt beinahe platzen lassen. Der rechtspolitische Sprecher der CSU, Geis, wird nun mit der Aussage zitiert, dieser Komplex lasse sich rechtsstaatlich gar nicht fassen und sein CDU-Kollege van Klæden stimmt ihm zu: legitime Interessenvertretung müsse weiterhin erlaubt sein und überhaupt komme man da sehr schnell in einen Grenzbereich. Eine seltsame Argumentation: Wir können nicht mit letzter Präzision sagen, was zu verbieten ist, also ist alles erlaubt - oder zumindest nicht strafbar.

*Carsten Kremer*

## NRW gründet Korruptions-Taskforce, Berlin sitzt aus

Bis März soll im Landeskriminalamt NRW eine neue Taskforce die Arbeit aufnehmen. Der 26-köpfigen Gruppe sollen neben erfahrenen Kriminalbeamten auch zwei Betriebswirte angehören. Über diese Bündelung von Erfahrung und Expertise erhofft man sich eine wirksamere Bekämpfung der Korruption.

Aus Berlin wird gemeldet, dass sich beim dortigen LKA in den Bereichen Wirtschaftskriminalität und Korruption die Akten stapeln. Wegen personeller Engpässe sind insgesamt 1.400 Ermittlungsverfahren aus diesem Bereich vorerst "zurückgestellt".

*Carsten Kremer*



## Erschreckende Zahlen

Bundeslagebild Korruption 2002 liegt vor

Nicht gerade überwältigend war das Medienecho als Ende Oktober vergangenen Jahres, das Bundeskriminalamt das "Bundeslagebild Korruption" für das Jahr 2002 vorstellte. Den meisten dürfte die Nachricht entgangen sein. Die Datenerhebung wurde Ende Juni 2003 abgeschlossen.

Das Lagebild informiert laut Vorwort seit zehn Jahren "über das aktuelle Ausmaß der amtlich registrierten Korruptionskriminalität". Da es sich um ein "typisches Kontrolldelikt aus dem Bereich der Kontrollkriminalität" handelt, muss man auf "ein großes Dunkelfeld" schließen. Die Aussagekraft des Lagebilds wird aber auch durch methodologische Mängel getrübt (vgl. Beitrag in dieser Ausgabe).

Die Zahlen für 2002 sind erschreckend. Während es vom Jahr 2000 auf 2001 einen Anstieg in der Verfahrenszahl von nur 2,8 Prozent gab, ist diese Zahl im Berichtszeitraum von 1278 auf 1683 Verfahren angestiegen; das bedeutet ein Plus von 31,7 Prozent. In diesen 1683 Verfahren sind 8283 Korruptionsstraftaten enthalten. Und mit diesen Straftaten hingen insgesamt 22.337 Ermittlungen zusammen.

Die Anzahl der ermittelten Tatverdächtigen ist im Jahr 2002 erneut gestiegen. Sie ist mit 3506 Personen die höchste seit 1994. Die enorme Steigerung der Verfahrens- und Tatverdächtigenzahl ist vor allem einem Verfahren gegen eine Pharma-Firma in München zuzuschreiben. Dieses Unternehmen hat bundesweit "Kundenpflege" betrieben.

Von den 22.337 Straftaten wurden fast 21.000 Delikte als Untreue- und Betrugshandlungen vom Land Hessen gemeldet und stammen aus einem einzigen Ermittlungskomplex um das Hochbauamt Frankfurt/Main.

Blickt man auf die Verteilung der "Nehmer" nach Behörden und Unternehmen der Wirtschaft, so stammt ein gutes Drittel (34,3%) aus dem Gesundheitswesen. Bereits in den Jahren 1997 bis 1999 war ein Großteil der "Nehmer" dem Gesundheitssektor zuzuordnen. Seit dem Herzklappen-skandal 1994 ist der Gesundheitssektor unter besonderer Beobachtung der Überwachungs- und Strafverfolgungsbehörden. In Deutschland werden jährlich Medikamente im Wert von 35 Milliarden Euro verschrieben, bzw. verkauft; dazu kommen noch Hilfsmittel im Wert von 12 Milliarden Euro. Darin steckt ein großes Korruptionspotential. Gängige Arten der Vorteilsgewährung sind laut Bundeskriminalamt:

- Umsatzabhängige Rückvergütungen in Form von Spenden auf Drittmittel- oder Privatkonten
- Sachspenden in Form von medizinischen Geräten
- Einladungen zu internationalen Fachkongres-

sen inklusive Übernahme aller Reisekosten und Spesen (gegebenenfalls auch Einladung des Partners/der Partnerin)

Der hohe Anteil von "Nehmern" aus dem Gesundheitswesen im Jahr 2002 ergibt sich aus dem bereits genannten Verfahren bei der Staatsanwaltschaft München.

Durch den hohen Anteil von "Nehmern" aus dem Gesundheitsbereich verschieben sich die Anteile der anderen Behörden. So findet sich diesmal bei den Baubehörden nur ein gutes Zehntel (10,7%).

Auf der Seite der "Geber" steht mit 38,8% die Baubranche an der Spitze, gefolgt vom Handwerk mit 16,6% und dem Gesundheitssektor mit 14,7%. Die "Geber" im Gesundheitswesen sind gegenüber dem Vorjahr beträchtlich angestiegen: 2001 waren es nur 7,9%.

Interessant ist schließlich die berufliche Stellung der "Geber". 87,1% sind der oberen Leitungsebene zuzuordnen. Korruption in den Firmen ist also "Chefsache". Lediglich 10,5% waren Angestellte ohne herausgehobene Führungsverantwortung. Über das Gros der "Geber" liegen auch Angaben zur Nationalität vor: 92,5 % von ihnen waren Deutsche.

Und was bezweckten die "Geber" mit ihren Bestechungsgeldern? Die Erlangung von Aufträgen ist mit Abstand die am meisten genannte Vorteilsart. Mit großem Abstand erst folgt die Angabe "sonstige Wettbewerbsvorteile" oder "behördliche Genehmigungen".

Die meisten Ermittlungsverfahren laufen inzwischen bei Spezialdienststellen für Korruptionsbekämpfung. In den Ländern setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass die mitunter sehr komplexen Korruptionsverfahren von Spezialdienststellen effizienter bearbeitet werden.

Anke Martiny

## Bundeslagebericht Korruption: Anmerkungen zur Datenlage

Unabhängig von der besorgniserregenden Entwicklung, die sich aus dem vorstehenden Bericht und den dargestellten Daten und Trends ergibt, bleibt hinsichtlich des Bundeslagebilds ein Kritikpunkt aktuell, den TI schon in den vergangenen Jahren formuliert hat:

"Die derzeitige, ausgesprochen verwirrende und unvollständige offizielle Berichterstattung über Korruption in Deutschland muss dringend modernisiert werden. Wir brauchen eine einheitliche und vollständige Berichterstattung mit der Aussagekraft, die die systematische Verfolgung dieses Krebschadens der Nation ermöglicht." (Prof. Dr. Dieter Biallas am 20.11.2001)

(Fortsetzung auf Seite 10)

(Fortsetzung von Seite 9)

Diese Kritik besteht fort, und TI fordert nachdrücklich Bund und Länder (BKA und die LKAs) auf, die Schwachstellen der statischen Datengrundlage des Bundeslageberichts zu beseitigen.

1. Wenn die Verfahrensdaten (als Eingangstatistik, d.h. bevor feststeht, ob es zur Anklageerhebung kommt) auch eine geeignete Grundlage für den Lagebericht abgeben, so ist es doch dringend erforderlich, den Begriff des "Verfahrens" bundesweit zu präzisieren. Es fehlen eindeutige, allgemeingültige, verbindliche Regeln zur Ausfüllung dieses Begriffes. Wann liegt ein "Verfahren" vor, und nach welchen Regeln sollte es statistisch erfasst werden?

2. Das Nebeneinanderstellen der Daten aus der Eingangstatistik des Lageberichts und der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) - einer Ausgangsstatistik - verwirrt den Leser. Es wird nicht deutlich, welche Schlussfolgerungen für die Validität der gemachten Trendaussagen des Bundeslageberichts aus diesen unterschiedlichen Daten gezogen werden, wie sie sich zueinander verhalten, wo und warum sie sich ergänzen oder widersprechen.

3. Es gibt offensichtlich nach wie vor keine länderübergreifende, bundeseinheitliche Qualitätskontrolle der gemeldeten Daten. Das führt notgedrungen zu Verzerrungen und Ungenauigkeiten. Wünschenswert sind hier pro Bundesland eine Meldestelle, die dann auch die Verantwortung für die Richtigkeit und Validität der Daten übernimmt (wie zum Beispiel in Hamburg das Dezernat "Interne Ermittlungen"). Dann wäre auch sichergestellt, dass nur eine Stelle über die Meldefähigkeit der einzelnen Verfahren entscheidet.

4. In diesem Zusammenhang müssten auch die Quellen vereinheitlicht werden. Dass z.B. aus den Ländern Hamburg, Thüringen und Berlin auch Justizdaten einfließen, verändert die Daten dieser Länder im Vergleich zu denen der anderen Bundesländern.

Aus alledem folgt: TI fordert nachdrücklich, schon im Interesse der Sache, diese Defizite in einer gemeinsamen Anstrengung von Bund und Ländern zu beseitigen.

*Justus Woydt*

### **Korruptionsregister in NRW (und Hamburg)?**

Das Land Nordrhein-Westfalen beabsichtigt, die gesetzlichen Grundlagen für die Einrichtung eines zentralen Korruptionsregisters zu schaffen. Dieser Schritt wird auch von der oppositionellen CDU unterstützt, allein die FDP spricht sich gegen einen Alleingang aus und fordert statt dessen die Einrichtung eines bundesweiten Registers. Auf freiwilliger Basis konnten Kommunen bereits zuvor dem Finanzministerium auffällig gewordene Unternehmen melden. Der jetzige Schritt soll der

Praxis eine verlässliche rechtliche Grundlage liefern. Strittig ist lediglich die Voraussetzung für die Aufnahme in das Register. Während Grüne und die CDU sich für einen Eintrag bereits bei dringendem Tatverdacht aussprechen, fürchtet die SPD Klagen von Unternehmen, die auf diese Weise zu unrecht auf die "Schwarze Liste" geraten.

Auch Hamburg will in dieser Richtung tätig werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll am 28. Januar in die Bürgerschaft eingebracht werden. Es ist aber nicht gewiss, ob das Gesetz noch vor den anstehenden Neuwahlen in Kraft treten kann.

*Carsten Kremer*

### **Urteil des BGH: Amtsträgereigenschaft auch bei Geschäftsführern kommunaler Betriebe**

Geschäftsführer kommunaler Eigenbetriebe können strafrechtlich als Amtsträger angesehen werden. Dies stellte der Bundesgerichtshof fest und hob damit ein Urteil des Landgerichtes Erfurt auf. Nimmt ein privatrechtlich organisiertes Unternehmen der öffentlichen Hand öffentliche Aufgaben wahr und erscheint es bei einer Gesamtbetrachtung als "verlängerter Arm des Staates", so kann es als Behörde angesehen werden. (ck)

### **Stadtwerke Bonn verklagen ehemaligen Leiter**

Die Stadtwerke Bonn haben in Absprache mit der Stadt Bonn ihren ehemaligen Leiter Reiner Schreiber auf die Herausgabe von 888.916 Euro verklagt. 747.000 Euro hatte Schreiber als Schmiergeld für den Bau der Heizkraftwerke Nord und Süd erlangt, 143.000 Euro stammen aus einem Beratervertrag, den er mit einem Züricher Müllofen-Bauer abgeschlossen hatte. Auf einem Geheimkonto Schreibers waren im März 2002 insgesamt 1,5 Millionen Euro gefunden worden. Die Stadtwerke halten sich daher die Option offen, ihre Forderungen gegebenenfalls aufzustocken. (ck)

### **Peter Eigen "Europäer des Jahres"**

Die Zeitschrift Reader's Digest hat Peter Eigen, TI-Gründungsmitglied und Vorsitzender des internationalen Boards den Ehrentitel "Europäer des Jahres" verliehen. Seit 1996 wählen die Chefredakteure der europäischen Ausgaben des Reader's Digest jährlich eine Persönlichkeit, die exemplarisch "die Traditionen und Werte Europas verkörpert". Eigen ist der erste Deutsche, dem diese Ehre zuteil wird. Die Auszeichnung ist mit einem Preisgeld von 5.000 Euro verbunden, das in ein Projekt zur Bekämpfung der Korruption im Gesundheits- und Erziehungsbereich fließen soll. Bei der Preisverleihung durch EU-Handelskommissar Pascal Lamy am 8. Januar in Berlin forderte Peter Eigen die Einrichtung eines bundesweiten Korruptionsregisters als wirksame Maßnahme im Kampf gegen die Korruption. (ck)

## Quo vadis TI?

### Strategieklausur in Fulda

Auf jeder Vorstandssitzung war es dasselbe: die Zeit reichte kaum, um alle aktuellen Themen zu besprechen und schon gar nicht, um langfristig strategische Fragen zu diskutieren. So wurde beschlossen, eine Strategieklausur für TI Deutschland anzuberaumen, zu der sich schließlich acht Vorstände und 18 weitere Mitglieder trafen, um ein gemeinsames Verständnis der zukünftigen Strategie von TI-D zu entwickeln.

An einem herbstlichen Novemberwochenende (21./22.11.) reisten wir also im Zug nach Fulda – die zuvor gesammelten Erwartungshaltungen der Teilnehmer im Gepäck: *...Kenntnisse über TI erwerben, ... Mitglieder und Vorstände besser kennen lernen, ... eine klare Strategie für TI-D herausarbeiten*, so die drei meistgenannten Wünsche an die Klausur.

In Fulda angekommen, erwartete uns zunächst ein warmes Abendessen im *Hotel Europa* und damit die erste von zahlreichen weiteren Möglichkeiten, Vorstände und Mitglieder in entspannter Atmosphäre kennenzulernen und sich auszutauschen. Am nächsten Morgen begann die inhaltliche Arbeit unter der exzellenten Moderation von Einhard und Oliver Schrader, die ihr professionelles Können dankenswerterweise TI-D gratis zur Verfügung stellten. Dabei einigten wir uns im Verlauf von anderthalb Tagen auf insgesamt neun Fragen von hoher strategischer Relevanz, die dann in kleineren Gruppen diskutiert und anschließend dem Plenum vorgestellt wurden. Leider reichte die Zeit nicht, um die Vorschläge der einzelnen Arbeitsgruppen bis zur Beschlussreife zu diskutieren. Daher sind die nachfolgend vorgestellten Ergebnisse lediglich als Anregung zu verstehen.

Die diskutierten Themen fielen grob in zwei Kategorien: Organisationsform und Inhalte. Beginnen wir mit den Vorschlägen zum inhaltlichen Fokus unserer zukünftigen Arbeit. Hier war eine der wesentlichen Fragen, ob TI-D sich eher als "Nischenspezialist" mit hoher Fachkompetenz oder als *Themenführer* positionieren möchte. Letzteres setzt voraus, dass eine Vielzahl von Themen aufgegriffen wird, die in der Öffentlichkeit erscheinen, ohne sie alle selbst fachkompetent behandeln zu können. Trotz dieses Mangels wurde das Modell der *Themenführerschaft* favorisiert, weil nur so dauerhaft sichergestellt werden kann, dass das Korruptionsthema auf der öffentlichen Agenda bleibt. Damit der Umgang aber nicht zu oberflächlich bleibt, sollte TI-D sein Netzwerk mit potentiellen Verbündeten ausbauen und vertiefen. Überdies wurde vorgeschlagen, sieben bis acht Kernbereiche zu definieren, in denen TI-D in jedem Fall ein hohes Maß an eigener Fachkompetenz entwickelt.

Dies knüpft unmittelbar an die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe an, die sich mit den Kriterien zur Prioritätensetzung bei TI-D Aktivitäten beschäftigt hat. Auch sie forderte die Entwicklung eines "Grundkanons von Korruptionsthemen". Als Kriterien für die Auswahl schlug sie folgendes vor: klare Zugehörigkeit zum Thema "Korruption" (nicht Betrug), Potential für zu-

künftige Skandale, große Öffentlichkeitswirksamkeit und schließlich Machbarkeit mit den vorhandenen Ressourcen. Vor diesem Hintergrund werden auch die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe zu bewerten sein, die vorschlug, dass TI-D mehr Augenmerk auf internationale Themen (insbesondere Ost-Europa) richten soll.

Andere Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit der Frage, ob TI-D seinen Begriff von Korruption erweitern muss, um sie in Zukunft erfolgreicher bekämpfen zu können. Vielleicht sollte Korruption nicht länger als losgelöstes Phänomen, sondern als Teil einer breiten sozialpolitisch-kulturellen Problematik behandelt werden. Gefragt wurde auch, ob es reicht, wenn TI-D sich auf strafrechtlich relevante Auswüchse bestehender Systeme (z.B. Gesundheitssystem) beschränkt, wo doch in vielen Fällen die Struktur des Systems selbst korrupt ist oder zumindest zu Korruption einlädt. Gegen eine generelle Ausweitung des von TI verwendeten Korruptionsbegriffes wurde angeführt, dass ein allzu fundamentalistischer Ansatz den breiten Koalitionsansatz gefährden könnte. Darüber hinaus birgt er die Gefahr der Verzettelung. So wurde zunächst nur vorgeschlagen, den TI-D Korruptionsbegriff zwar nicht per se zu erweitern, ihn aber von Fall zu Fall zu überprüfen, wo es sinnvoll erscheint.

Diejenigen Arbeitsgruppen, die sich mit der Organisationsform von TI-D beschäftigten, taten dies insbesondere im Hinblick auf drei Themen: die Verbesserung der finanziellen Ressourcen, eine stärkere Mobilisierung des Mitgliederpotentials und die Frage der Koalitionsbildungen mit anderen NGOs. Zur Verbesserung der Finanzen von TI-D wurden weniger neue Instrumente entwickelt, als vielmehr Vorschläge unterbreitet, wie man den Prozess allgemein professionalisieren kann. Im Hinblick auf die stärkere Mobilisierung von Mitglieder-Potential wurde u.a. vorgeschlagen, die Regionalgruppenbildung zu stärken. Voraussetzung hierfür ist aber, dass diese finanziell und administrativ unabhängig von der Berliner Geschäftsstelle operieren können und ihre Aktivitäten strategisch eng mit dem Vorstand absprechen. In der Frage der Koalitionsbildung wurde dafür plädiert, die Nähe zu anderen NGOs vermehrt zu suchen, um so die Hebelwirkung der eigenen Aktivitäten zu verstärken und ein breiteres Netzwerk an Partnern zu schaffen. Allerdings sollten die Partnerschaften zeitlich und thematisch beschränkt und eine gewisse Kompatibilität der Vorgehensweise gewährleistet sein.

Diese Kurzfassung lässt schon erahnen, wie vielfältig und komplex sich die Diskussionen in Fulda gestalteten. Das war eine bewusste Entscheidung für das breite Spektrum und gegen die Tiefe im Einzelnen. Doch nun gilt es, die Themen so nachzubereiten, dass sie die nötige Tiefe gewinnen und in Vorstandsbeschlüssen und Arbeitsaufträgen umgesetzt werden können. Daran arbeiten wir und hoffen somit auch den dritten und ganz wesentlichen Wunsch an die Klausur zu erfüllen: das Profil von TI-D zu schärfen.

Karenina Schröder

## "Und was hat sie hierher gebracht?"

TI (Neu-)Mitglieder-Seminar am 7. und 8. November 2003 in Delitzsch

Am 7. und 8. November 2003 fanden sich 20 neue TI-Mitglieder im historischen Hotel "Zum Weißen Ross" in Delitzsch bei Leipzig ein, um mehr über Organisation und Arbeitsweise von TI und über ihre neuen "Kollegen" zu erfahren. Um es gleich vorweg zu nehmen: das Seminar war ein voller Erfolg, sowohl was die Informationsvermittlung betraf als auch im Hinblick auf Atmosphäre und gegenseitiges Kennenlernen.

Die neuen Mitglieder wurden gleich nach dem Eintreffen in der Lobby des Hotels von TI-Geschäftsführerin Dagmar Schröder und TI-Mitarbeiterin Claudia Eilts freundlich empfangen und integriert. Schon beim anschließenden Mittagessen entspannen sich schnell die ersten lebhaften Gespräche. Die Frage "und was hat Sie hierher gebracht?" löste jede Zunge.

Schließlich begann das eigentliche Seminar mit der offiziellen Begrüßung durch Dagmar Schröder, dem Hinweis darauf, dass dies das erste Neumitgliederseminar im Osten Deutschlands sei und man plane, die beiden jährlichen Seminare im Wechsel im Westen und im Osten durchzuführen. Außerdem kündigte Dagmar Schröder an, dass am nächsten Tag zehn Mitglieder einer Bürgerinitiative aus Delitzsch sowie Presse an dem Vortrag über die Müllverbrennungsanlage in Delitzsch teilnehmen würden.

Nun fanden sich die Teilnehmer in Dreiergruppen zusammen, deren Mitglieder sich gegenseitig nach einer kurzen Kennenlernphase dem Plenum vorstellten. Die Biographien waren bunt gemischt - die Erwartungen ähnelten sich jedoch: für fast alle standen die Wünsche nach Orientierung über die Ziele und Wege von TI sowie die Frage nach den konkreten Aktionsmöglichkeiten und ihren Erfolgchancen an erster Stelle.

Mit einem ausführlichen Vortrag des Koordinators der Regionalgruppe Bayern, Dr. Arne Schäffler, über das Wesen der Korruption sowie der Vorstellung der Struktur von TI und die Aufgaben des Berliner Büros durch Dagmar Schröder verging der Nachmittag wie im Fluge. Hierzu sei auch auf das Papier "Übersicht über Tätigkeiten und Verantwortung von TI-Deutschland" verwiesen. Unter all den Aufgaben des Offices hob Dagmar Schröder den Aspekt der Kommunikations-Zentrale hervor, die bei der Vernetzung unterschiedlichster TI-Bereiche untereinander, aber auch mit der Öffentlichkeit, die Schlüsselposition einnimmt. Hier auch gleich die - mehrfach wiederholte - Bitte an die neuen Mitglieder, Eigeninitiative an den Tag zu legen aber dabei immer den Weg über das Berliner Büro zu gehen.

Das Seminar gewann schnell an Eigendynamik und Lebhaftigkeit durch Fragen und Diskus-

sionen sowie eine weitere Runde mit Arbeitsgruppen, die sich noch einmal in die Definition des Begriffes "Korruption" vertieften.

Nach dem Abendessen in wechselnder Tischbesetzung verlegte sich die Gruppe mit einem Spaziergang durch das romantische, nächtliche Delitzsch in das Lokal "Schloss-Wache". Mit Björn Rohde-Liebenau stellte sich auch ein Vorstandsmitglied ein. In legerer, entspannter Atmosphäre wurden dann die entstandenen Bekanntschaften vertieft, heiß über Fachthemen diskutiert, Lebensläufe erzählt und auch herzlich gelacht.

Obwohl am nächsten Morgen der ein oder andere etwas angegriffen aussah, fanden sich doch alle pünktlich und voller Energie wieder im Seminarraum ein, um sich über das Gesundheitswesen zu informieren. Die von Dr. Arne Schäffler fachkundig vorgetragene und mit harten Zahlen untermauerte Zustandsbeschreibung löste Betroffenheit aus. Hier zeigt sich so deutlich wie auf kaum einem anderen Gebiet, dass Korruption Werte und Basis einer Gemeinschaft angreift und im schlimmsten Fall Menschenleben zerstören kann.

Wenig aufmunternd war auch der Vortrag des Leipziger Rechtsanwaltes Lothar Hermes über die Vorgänge um die Müllverbrennungsanlage in Delitzsch. Die persönlichen Erfahrungen der anwesenden Delitzscher Bürger verliehen dem Vortrag zusätzliche Tiefe.

Nach einem anschaulichen Vortrag des Rechtsanwaltes Dr. Joachim Kaetzler über einen anderen, diffizilen Aspekt des Themas "Korruption" - nämlich Geldwäsche - begann die Schlussrunde, die wieder an die Einführung anknüpfte: welche Projekte stehen zur Zeit konkret auf der TI-Tagesordnung, wo würde sich jedes Mitglied einbringen wollen und wie kann man sich miteinander vernetzen. Jeder Einzelne musste Farbe bekennen und erfreulicherweise stellte sich heraus, dass so gut wie jedes Thema einen oder mehrere Interessenten gefunden hatte. Es kann also mit aktiven Neu-Mitgliedern an jeder Front gerechnet werden.

*Maria Bleckmann*

## Heinz-Dieter Adels neuer Ombudsmann in Dormagen

TI-Mitglied Heinz-Dieter Adels hat im Januar bei der Stadtverwaltung Dormagen die neu eingerichtete Stelle eines Ombudsmanns angetreten. Zu seinen Aufgaben wird es gehören, Hinweise auf Korruption entgegenzunehmen und diese auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen. Mit Zustimmung des Bürgermeisters kann er auch eigene Ermittlungen aufnehmen und die Strafverfolgungsbehörden einschalten. Er wird diesen ehrenamtlichen Posten vorerst für 3 Jahre bekleiden und wir hoffen, dass diese Zeit nicht allzu ereignisreich sein wird. (ck.)

**Peter Eigen: Das Netz der Korruption. Wie eine weltweite Bewegung gegen Bestechung kämpft.**

Campus Verlag, Frankfurt/ New York, 2003. 300 S. ISBN: 3-593-37188-X.

Zum zehnjährigen Jubiläum von Transparency International stellte Peter Eigen am 1. September 2003 im Literaturhaus in Berlin sein Buch "Das Netz der Korruption" vor.

Das Buch ist seiner im Sommer 2002 verstorbenen Frau Jutta gewidmet. Als Ärztin in den ärmsten Gegenden der Welt aktiv, erlebte sie alltäglich die schreckliche Wirklichkeit von Korruption und deren Folgen. Von der gemeinsamen Überzeugung getrieben, etwas in dieser Welt verändern zu wollen, sorgte die kontrastreiche Arbeit des Ehepaars immer wieder für kontroverse Diskussionen.

Mit dem vorzeitigen Ausstieg aus der Weltbank und der Gründung von TI stellt sich Peter Eigen bis heute mit seinem ganzen Engagement dem Kampf der Korruption.

Das Buch behandelt sowohl den Lebensweg des Autors und seiner Mitstreiter, wie auch die verheerenden Auswirkungen von Korruption auf allen Ebenen. Dabei wird deutlich, dass Korruption nicht allein ein Problem der Entwicklungsländer ist. Der Inhalt beschränkt sich nicht auf eine Beschreibung einzelner Vorfälle und eine Erläuterung der zahlreichen Probleme, die zu Korruption führen. Vielmehr wird Politikern und Wirtschaftsexperten sowie der Zivilgesellschaft aufgezeigt, welche Möglichkeiten es gibt, sich diesen gesellschaftlichen Phänomenen zu widersetzen.

Das Buch erzählt von den Schwierigkeiten der Gründung einer NGO wie TI, bis hin zu den ersten großen Erfolgen, internationaler Anerkennung und Unterstützung, an der nun alle Mitglieder von TI teilhaben können. Geschrieben wie ein Sachbuch und spannend wie ein Roman, verschweigt es nicht die anfänglichen Probleme mit der Weltbank oder den Korruptionsskandal von Alberto Dahik, dem Vizepräsidenten von Ecuador und ehemaligen Vorsitzenden des Beirates von TI. Es ist eine Wiedergabe von Fakten, die dazu geführt haben, die Welt auf das Problem der Korruption aufmerksam zu machen.

Im Nachwort berichtet Hans Küng über die Notwendigkeit einer ethischen Rahmenordnung für die globale Marktwirtschaft und verweist auf die Weltethos-Erklärung des Parlaments der Weltreligionen zur Einhaltung von elementaren humanen Werten und Standards auf der ganzen Erde.

James D. Wolfensohn, Präsident der Weltbank, unterstützt in seinem Nachwort die entstehende Partnerschaft mit TI und die "grundlegende Entschlossenheit und die Überzeugung, auch in Zukunft zusammenarbeiten zu wollen", um den Weg freizumachen für eine der größten Herausfor-

derungen unseres Zeitalters: Nämlich den Kampf gegen die Armut.

In seiner "Weltkarte der Korruption" prangert Peter Eigen exemplarisch verschiedene Korruptionsfälle auf der ganzen Welt an. Damit holt er diese Skandale aus dem Verborgenen an das Licht der Öffentlichkeit.

Das Buch ist ein wichtiger und hilfreicher Wegweiser im Kampf gegen die Bestechung und es ist gleichzeitig ein Aufruf das noch vieles geschehen muss, um den globalen Entwicklungen Normen der Humanität zu geben.

*Frederic Hannesen*

**Francois Vincke und Fritz Heimann (Hrsg.): Fighting Corruption. A Corporate Practices Manual.**

ICC Publishing, 2. Auflage, 2003. 81,66 Euro. ISBN: 92-842-1321-5

Die *International Chamber of Commerce* (ICC) hat mit dieser Publikation die zweite Auflage des erstmalig 1999 erschienenen Handbuchs zur Korruptionsbekämpfung im privaten Sektor auf den Markt gebracht. Mittlerweile hat sich viel getan auf diesem Gebiet – Positives wie auch Negatives. Der größte Erfolg seitdem war sicher die Ratifizierung der OECD-Konvention gegen Bestechung von ausländischen Amtsträgern durch 34 Staaten. Gleichzeitig wurde durch die großen Skandale im Zusammenhang mit Enron, Worldcom und Arthur Andersen deutlich, dass sich integres Verhalten im geschäftlichen Verkehr noch nicht ausreichend durchgesetzt hat. Von den verheerenden Konsequenzen der Bilanzskandale waren eben auch tausende Mitarbeiter und Aktionäre betroffen, die nun ihre Rücklagen und Rentenansprüche verloren haben. Ferner lenkten die Anschläge vom 11. September 2001 den öffentlichen Fokus auf die gravierenden Folgen von Geldwäsche.

Diese Entwicklungen haben die Autoren veranlasst, die erste Auflage dieses Leitfadens für Manager, Buchhalter, Controller und Wirtschaftsprüfer grundlegend zu überarbeiten und mit vier weiteren Kapiteln zu ergänzen. Neu hinzugekommen sind folgende Themenkomplexe: Erpressung durch ausländische Amtsträger, Whistleblowing, Beschleunigungszahlungen im Zollbereich sowie Korruptionsbekämpfung in kleinen und mittleren Unternehmen.

Anhand der "ICC Rules of Conduct to Combat Extortion and Bribery" (1977) und der OECD-Konvention gegen Bestechung von ausländischen Amtsträgern (1999) analysieren die Autoren Kapitel für Kapitel den aktuellen Stand der Korruptionsbekämpfung und zeigen Defizite auf.

Immer noch ungelöst trotz bestehender Konventionen ist beispielsweise die Bewertung von

*(Fortsetzung auf Seite 14)*

Bestechungszahlungen an ausländische Parteifunktionäre, die nicht zu Amtsträgern zu zählen sind.

Die Verantwortung von Unternehmen für ihre Töchter im Ausland im Falle von korruptivem Verhalten ist ebenfalls strittig. Die Autoren fordern eine baldige Anpassung der OECD-Konvention, die dieses Problem aufgreift und die Verantwortung der Mutterunternehmen für ihre Töchter eindeutig festschreibt.

Die Einforderung von Bestechungsgeldern durch ausländische Amtsträger, die in der OECD-Konvention nicht behandelt wird, stellt für Unternehmen mehr und mehr ein Problem dar. Die US-Regierung hat bereits auf diese Regelungslücke reagiert und bietet ihren Unternehmen Unterstützung über diplomatische Kanäle an.

Auch die Rolle von Beschleunigungszahlungen, im Besonderen wenn diese an Zollbeamte geleistet werden, wird in diesem Handbuch diskutiert.

Die Autoren gehen davon aus, dass es künftig nicht mehr ausreicht, sich auf die Bekämpfung der Bestechung von Amtsträgern, wie sie die OECD-Konvention regelt, zu beschränken. Durch die zunehmende Deregulierung und Privatisierung rückt die Bestechung innerhalb des privaten Sektors mehr und mehr in den Vordergrund. Deren Konsequenzen können aufgrund der Größe und Macht von multinationalen Konzernen ebenso schwerwiegend sein wie der durch Korruption im öffentlichen Sektor entstehende Schaden. Aufgrund oftmals fehlender gesetzlicher Regelungen gegen Korruption im privaten Sektor gewinnen freiwillige Verhaltenskodizes innerhalb von Unternehmen weiter an Bedeutung.

Begrüßenswert ist ferner die Auseinandersetzung mit den Problemen kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) bei der Bekämpfung von Korruption. Oft fehlen diesen Know-How und Ressourcen, um dieser Herausforderung mit aufwändigen Anti-Korruptionsprogrammen entgegenzutreten. Und das, obwohl gerade die kleineren Exportunternehmen in vielen Bereichen besonders anfällig für Korruption sind. So können sie es sich oft nicht leisten, Mitarbeiter aus dem eigenen Unternehmen im Ausland zu stationieren und greifen daher öfter als größere Unternehmen auf Agenten zurück. Diese stellen, so wissen die Autoren, durch die fehlende Bindung zum Unternehmen und mangelnde Schulung in Sachen Korruptionsprävention ein besonders hohes Risiko für Bestechungszahlungen dar. Deshalb ist bei dieser Zielgruppe noch besonders viel Aufklärungsarbeit zu leisten. Denn auch ein weniger umfangreiches Korruptionspräventionsprogramm ist ausreichend, solange es dafür sorgt, Korruption effektiv zu bekämpfen.

Im Schlusskapitel weisen die Autoren deutlich auf die bislang nicht zufriedenstellende Anwendung der OECD-Konvention in den wichtigen Ex-

portländern hin. Die mangelnde Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden, der unzureichende politische Wille sowie die ungenügende Bereitschaft der Wirtschaftsverbände und Industrie- und Handelskammern, die Bestimmungen der Konvention zu verbreiten, könnten den Erfolg der Konvention gefährden. Denn sie kann erst dann ihre Wirkung voll entfalten, wenn Korruption sichtbar reduziert wurde. Bislang ist dies nicht der Fall.

*Dagmar Schröder*

**Thomas Leif, Rudolf Speth (Hrsg.): Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland**  
Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 2003.  
ISBN 3-531-14132-5, 32,90 Euro.

Es ist nicht so, dass jede Ecke durchleuchtet worden wäre, in der Lobbying betrieben wird oder Politikberatung, wie jene, die dieses Geschäft betreiben, es gerne nennen. Trotzdem ist es ein verdienstvolles Buch, denn es versucht, etwas Licht in diese heimliche Welt zu bringen. Es versucht Begriffsbestimmungen, Abgrenzungen zu finden und Einflussmöglichkeiten zu beschreiben, versucht die Bedeutung des Lobbyismus für Demokratie und Rechtsstaat heraus zu arbeiten.

Lobbyismus bezeichnet nicht nur die Kultur des Austauschs von Wissen gegen Einfluss, nicht nur die demokratische Interessenvertretung; Lobbyismus ist in manchen Bereichen zu einem Moloch gewachsen, zu dem durchaus auch Patronage und Korruption gehören. Die "Dynamik des Geben und Nehmens" verwischt Grenzen: "manche Lobbyisten verstehen es vortrefflich, ihre Klientel anzufüttern, um später ihre ‚Wissensrendite‘, in Form von wohlwollenden Gesetzen oder Subventionen einzufordern." (S. 20).

Faktoren wie Globalisierung und Europäische Integration sowie der gesellschaftliche Wandel von Solidarität und Gemeinwohlorientierung hin zu Individualisierung und Pluralisierung, haben, wie Inge Maria Burgmer analysiert, auch zu einer Veränderung der Lobbylandschaft geführt. Verbände haben an Einfluss verloren, große Konzerne haben ihre eigene Interessenvertretung, mit der Folge, dass Darlegungen der betroffenen Interessen sich zunehmend aus dem öffentlichen Bereich – z.B. öffentliche Anhörungen von Verbänden zu Gesetzesvorhaben – in den nicht-öffentlichen Bereich verlagern. "Unabdingbare Voraussetzung im veränderten Zusammenspiel... ist die strikte Einhaltung zum Gemeingut gehörender gesellschaftlicher Spielregeln..." (S.41), schreibt die Autorin. Tatsache ist jedoch, dass mit der Veränderung wirkliche Kontrolle nicht mehr möglich ist, da helfen auch noch so gute Verhaltensmaßregeln nicht. Der Dialog zwischen Wirtschaft und Politik hat öffentlich zu sein und nicht privat-dienstlich.

Mit seltener Klarheit und Offenheit benennt Prof. Priddat das Hauptproblem wissenschaftli-

*(Fortsetzung auf Seite 15)*

cher Politikberatung: "Man gibt in der Politik keine Gelder aus für Gutachter, die das Gegenteil von dem raten, was man vorhat. Das wäre irrational, denn wissenschaftliche Gutachten in politischen Kontexten sind Legitimationshilfen zur Stimmenmaximierung." (S. 43). Daraus ergibt sich die Frage: Wie ist Politik zu beraten, dass sie sich nicht mehr frei aussuchen kann, welche Beratung gerade genehm ist und welche nicht. Politikberatung darf demnach nicht mehr reine Serviceleistung sein. Effiziente Beratung ist nur dann möglich, wenn der Rat selbst in der Öffentlichkeit so großes Gewicht hat, dass er nicht umgangen werden kann, weil sonst höhere Kosten entstünden. Pridat rät zu vielen "think tanks", die im politischen Raum im Wettbewerb zu einander stehen. "Es geht nicht um positive Politikalternativen im Sinne von rational choice, sondern um die Macht, erfolgreich drohen zu können." (51).

Interessant sind auch die Feldbeobachtungen. Drei AutorInnen - Anke Martiny, Markus Jatzler und Kurt Langbein - beschreiben die unheilvolle Lobbytätigkeit im Gesundheitsbereich, wo der Staat als normsetzende Instanz versagt. Dies sind Lehrbeispiele für Korruption fördernde Strukturen.

Einlullend und rechtfertigend sind die Interviews mit den Lobbyisten geraten. Nichts wollen die Befragten gemein haben mit den dunklen Mächten, von denen oft gesprochen wird. Nirgends aber sind persönliche Beziehungen und Netzwerke in vergleichbarer Weise erforderlich, um erfolgreich zu sein.

Eine ganz besondere Art des Lobbying haben Tobias Kahler und Manuel Lianos beschrieben. Es geht um Public Affairs, die Positionierung von Unternehmen an der Schnittstelle Unternehmen – Gesellschaft. "Es genügt nicht den Firmenstandpunkt nur den Politikern zu vermitteln, auch die Öffentlichkeit muss – mit Hilfe von Kampagnen – überzeugt werden." (A. Wallrabenstein, 338 f.). Nicht nur, dass jedes Thema auch seine "Inszenierung" braucht, es braucht auch den Regisseur und es braucht den Zugang zu Medien. Damit ist die professionelle Basis für die Skandalisierung von Politik gelegt.

Die Medien selbst sind längst ebenfalls in schiefes Licht geraten, seit "Verleger Redaktionskosten rigoros externalisieren" (S.351). Artikel, die in Presseabteilungen geschrieben werden, sind so selten nicht. Und Verleger können wissen, schreibt Prof. Kocks, dass für die Übernahme von Redaktionskosten eine Gegenleistung erwartet wird, "sonst wäre es für den Content-Provider ja nicht einmal eine Betriebsausgabe." (S. 351).

Fazit dieses lesenswerten Buches ist die bedauerliche Erkenntnis, dass jene, die Lobbying betreiben, dunkle Machenschaften mit Abscheu und Empörung von sich weisen, ihr Tun als in jeder Hinsicht gerechtfertigt erscheinen lassen, ja als Notwendigkeit für den Interessenausgleich in einer demokratischen Gesellschaft erachten. Netzwerke

und persönliche Beziehungen werden als das A und O ihrer Tätigkeit beschrieben. Auf diese Weise wird eine Kontrolle durch die Öffentlichkeit aber ausgeschlossen, da helfen auch Verhaltensregeln und ein Ehrenkodex nichts. Sie sind vielmehr Instrumente, die Arkanpolitik in einem milderen Licht erscheinen lassen.

*Jochen Bäuml*

## Neue Mitglieder

- Jochen Bäuml, Berlin
- Niels Busink, Berlin
- Heinrich Dierking, Reinbek
- Reeno Grummer, Köln
- Frederic Hannesen, Berlin
- Johann Heetderks, Emden
- Rita Heiles, Krefeld
- Dr. Wolfgang Holz, Heusweiler
- Valentin Hussong, Berlin
- Dr. Gottfried Ilgmann, Berlin
- Nele Kampffmeyer, Berlin
- Anne-Kristin Koch, Berlin
- Prof. Dr. Thomas Koebner, Köln
- Prof. Dr. Rolf Kreibich, Berlin
- Nora Manthey, Berlin
- Hans-Jürgen Mayer, Dresden
- Dörte Metz, Köln
- Hannelore Mühlberger, Nürnberg
- Karla Gabriele Münster, Berlin
- Anette Schiller, Leipzig
- James Wolgast, Berlin

## Termine

### 08. März

Forum korporativer Mitglieder

### 12. – 14. März

TI Seminar "Korruption in Kommunen" in Kochel

### 30. April – 1. Mai

TI (Neu-)Mitgliederseminar in Kronberg/Taunus.

*Für nähere Informationen konsultieren Sie bitte die Website ([www.transparency.de](http://www.transparency.de)) oder fragen Sie in der Geschäftsstelle nach (Tel.: 030/ 5498 98-0; e-mail: [office@transparency.de](mailto:office@transparency.de)).*